

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Anzeigen erhaltlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abgabepreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmönatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Bismarckstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel, Dr. Grottel, Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Jahrgang Dienstag, den 19. Oktober 1926 Nummer 233

## Vollmacht zur Diktatur

### Das Ausnahmegefez fertig!

### Die Werbeweche der SPD und die Einigung der Arbeiterklasse

Berlin, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die „Vollmacht zur Diktatur“ ist heute in der Lage, die genauen Bestimmungen des Diktaturgesetzes auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung zu veröffentlichen. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes über die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten, das nunmehr nach sieben Jahren in Kraft tritt, sind folgende:

Im § 1 des Gesetzes wird gesagt, daß, falls Anordnungen des Reichspräsidenten mit den Bestimmungen einer Landesverfassung im Widerspruch stehen, die Anordnungen des Reichspräsidenten vorgehen. Ueber die Rechtsnatur der Bestimmungen des § 1, daß die vom Reichspräsidenten oder seinen Bevollmächtigten erlassenen Verfügungen Gesetze im Sinne der Verfassung sind.

Der Ausnahmezustand kann nach diesem Gesetz vom Reichspräsidenten verkündet werden, wobei selbstverständlich die wichtigsten Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können. Alle anderen Gesetze dürfen aber nicht verändert werden, es sei denn in Fällen, die im Gesetz ausdrücklich vorgesehen sind. Der Reichspräsident hat das Recht, den militärischen Ausnahmezustand zu verkünden und dazu einen militärischen Befehlshaber zu bestimmen. Es heißt darüber im § 15 des Gesetzes wie folgt:

„Der Reichspräsident gemäß § 11 seine Befugnisse im militärischen Bereich (militärischer Ausnahmezustand), so wie (es ist also kein Zwang!) diesem ein Bevollmächtigter zur Seite gestellt werden. In einem solchen Falle, so bedarf die Ausrückung der Grundrechte keiner Zustimmung.“

Der Reichspräsident im Falle der Verhängung nach den Bestimmungen des Diktaturgesetzes nachträgliche Mitteilung des Reichspräsidenten an den bürgerlichen Bevollmächtigten, der Reichspräsident seine Befugnisse auf den Reichspräsidenten übertragen und über diese selbst aus, so daß die Bestimmungen des Gesetzes der Innenminister der Reichspräsident Bevollmächtigter bestellt werden. Wird der bürgerliche Ausnahmezustand verkündet, so muß der bürgerliche Ausnahmezustand Hilfe beim Reichspräsidenten des Innenministeriums oder im Falle dringender Gefahr beim Reichspräsidenten direkt anfordern. Dem Reichspräsidenten ist folgende Befugnis zu verleihen, die Befugnisse sind nur zulässig für die Behauptung des Reichspräsidenten, die Befugnisse hat jedoch keine rechtliche Wirkung. Zukünftig für die Entscheidung der Reichspräsidenten im Falle bürgerlichen Ausnahmezustand der Reichspräsident des Innen- beim militärischen Ausnahmezustand der Reichspräsidenten.

Bei Reichspräsidenten über Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit gegen Verbrechen und Verhängung von Strafen, die im wesentlichen ercheinenden Druckstrafen und Verfügungen sind das Verwaltungsverfahren nach Maßgabe des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht.

Ein anderer Paragraph dieses Diktaturgesetzes hat den Titel „Schutzhaftgesetz“.

„Nachdem kann die Polizei, wenn kein Schutzhaftbefehl eines Reichs-, Landes-, oder Bezirksbevollmächtigten vorliegt, vorläufige Verhaftungen und Verhängungen von Schutzhaft vornehmen.“

Der Wortlaut dieses Gesetzes nach der Veröffentlichung der „Vollmacht zur Diktatur“ lautet folgendermaßen:

„Auf Verhängungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 1. Dezember 1918 (Reichsgesetzl. S. 1329) Anwendung, das wieder in Kraft gesetzt wird. Dieses Gesetz erhält die Befugnisse „Schutzhaftgesetz“. § 2 erhält folgenden Absatz 2:

„Soll die Polizeibehörde die Verhängung der Haft über eine Person zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs, Landes, oder Bezirksbevollmächtigten nicht vor, so kann die Polizei bei Gefahr im Verzuge zur vorläufigen Festnahme schreiten. Das gleiche Recht steht den örtlichen Befehlshabern zu, wenn der militärische Ausnahmezustand verkündet oder die Vollmacht auf Erlaß einer Zipsbefehle eingeschritten ist. In die vorläufige Festnahme erfolgt, so hat die Polizeibehörde (der örtliche Militärbefehlshaber) unverzüglich einen Schutzhaftbefehl bei den Reichs-, Landes-, oder Bezirksbevollmächtigten zu beantragen. Wird der Schutzhaftbefehl nicht binnen drei Tagen nach der vorläufigen Festnahme erlassen, so ist der Festgenommene sofort in Freiheit zu setzen.“

§ 3 erhält folgende Fassung:

„Gegen die Anordnung der Verhaftung findet das Verwaltungsrechtverfahren nach Maßgabe des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht statt. In dem Verwaltungsrechtverfahren ist nur über die rechtliche Zulässigkeit, nicht auch über die Zweckmäßigkeit der Verhaftung zu entscheiden. Bei der Bekanntgabe des Haftbefehls ist der Verhaftete über das Rechtsmittel zu belehren.“

„Dort, wo im ersten Rechtszuge ist das Landesverwaltungsgericht des Bezirks, in dem die Verhaftung oder Stelle, die den Haftbefehl erläßt hat, ihren Amtssitz hat.“

Zu den Veröffentlichungen der „Vollmacht zur Diktatur“ über das Diktaturgesetz zum Artikel 48 hanovrt heute morgen die bürgerliche Presse, daß der Entwurf 'ledig' (1) die

Grundlage zur Beratung der zuständigen Referenten im Reichsinnenministerium sei. Ein offizieller Entwurf eines Ministeriums liegt bis jetzt noch nicht vor. Das Diktaturgesetz, das die „Vollmacht zur Diktatur“ auszugeweiht mit den wichtigsten Bestimmungen wiedergibt, und das jetzt nach 7 Jahren die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten umschreibt, illustriert das Wesen und den Charakter der demokratischen Republik. Für die Arbeiterklasse darf es keinen Zweifel darüber geben, daß die Vollmacht zur Diktatur und zum Ausnahmezustand einzig und allein dazu geschaffen werden, das reaktionäre und am seine Lebensgefährtin kämpfende Proletariat mit verächtlichen Methoden niederzuhalten. 7 Jahre nach Weimar offenbart sich die deutsche Republik der Arbeiterklasse als das, was sie ist: die mit dem Mantel bürgerlicher Demokratie verkleidete Herrschaftsform der Kapitalisten, die bereit ist, mit den brutalsten Mitteln des Ausnahmezustandes und der Militärdiktatur die Interessen der herrschenden Klasse gegen den Widerstand der Arbeiter durchzusetzen. Die durch Nationalisierung aus Hungerentzug geleiteten Arbeiter sollen niedergedrückt werden. Jeder Versuch der Arbeiterklasse, sich zu wehren gegen Lohnraub und Steuerraub, gegen den Willkürbrauch der Monarchisten und rücksichtslose Forderung durch ein profitloses Unternehmertum soll mit der Soldateska und dem Polizeiknüppel unterdrückt werden. Das ist der Sinn dieses Diktaturgesetzes, das nur möglich ist durch die Schuld und die Verbrechen der Sozialdemokraten, die der Reaktion Tor und Tür geöffnet haben. Das sind die Folgen des Verrats und der Spurens der Reaktionspolitik. Gegen diese neue Bedrohung der Arbeiter müssen die Werktätigen in Deutschland und in der Welt Stellung nehmen. Die Vorbereitungen zur offenen Diktatur der Reaktion müssen den Anfang sein, nun erst recht alle Kräfte einziehen, um den Kongress der Weltarbeiter zu organisieren. Der kleine Belagerungszustand der Arbeiter in Sachsen, die Polizeiverordnung des „alten Sozialdemokraten“ Kühn in Dresden zu den bevorstehenden Landtagswahlen zeigen der Arbeiterklasse, daß die sozialdemokratischen Führer auch bereit sind, dieses Diktaturgesetz gegen die Arbeiter in Anwendung zu bringen und damit ihre Hansknöchel der Bourgeoisie gegenüber zu erweisen. Gegen diese schändlichen Pläne der Reaktion und ihrer Helfershelfer gilt es die Werktätigen zu mobilisieren. Alle Kräfte gilt es einzuziehen, den Schlag gegen die Arbeiter zu verhindern. Rühret und organisiert zum Kongress der Weltarbeiter! Es kämpft das rote Arbeiterjoch.

### Dorpmüller bestätigt

Berlin, 18. Oktober. (Teleunion.) Die Wahl Dr. Dorpmüllers zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist, wie die Telegraphenunion erfährt, schon durch den Reichspräsidenten auf Beschluß des Reichskabinetts bestätigt worden. Die Entscheidung fiel in der letzten Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Reichsverkehrsminister Dr. Krosigk.



**Hast Du schon einen neuen Kämpfer gewonnen ??**

Die sozialdemokratischen Führer rühmen die Werbeweche. Heran an die Massen! rufen sie in dem Augenblick, wo die Massen in offener Rebellion gegen die Hohenzollernherrschaft des sozialdemokratischen Parteivorstandes der Sozialdemokratie den Rücken wenden. Es ist in der Tat ein hartes Stück, gerade jetzt für die Sozialdemokratische Partei als einer Partei der Massen zu werben, wo die Führung dieser Partei in offener Opposition gegen die Interessen der Massen wieder einmal ihr unaussprechliches Bündnis mit der Bourgeoisie und ihren Interessen befestigt hat, wo Hellmann von Hindenburg zu Wilhelm gegangen ist.

Ein Regiefehler — dieser Hohenzollernpakt, der die Werbeweche verdirbt. Ein Regiefehler, der durch neue sozialdemokratische Regiefehler der Werbeweche ausgeglichen werden muß. Ein Regiefehler, der die Werbeweche im Reichstag eingeträchtigt, in dem die sozialdemokratische Fraktion die Landesverweisung von Wilhelm fordert. Aber in Preußen hat dieselbe Parteiführung, ohne auch nur ein Wort des Widerspruchs, durch ihre Mitglieder den Hohenzollernvertrag unterzeichnet in offener Opposition gegen die Interessen der Massen wieder einmal ihr unaussprechliches Bündnis mit der Bourgeoisie und ihren Interessen befestigt hat, wo Hellmann von Hindenburg zu Wilhelm gegangen ist.

Sinterher tut diese Gesellschaft so, als ob sie etwas tun wollte, nachdem sie, als es zu handeln gab, feige das Maul gehalten hat. Die Weis und Hilferding wissen genau: diese Anträge gegen Wilhelm und für die Arbeiterklasse lehnen die Bürgerlichen mit einem Achselzucken ab. Die sozialdemokratischen Führer als Lakaien des Bürgertums haben wieder einmal im weitestlichen Sinne des Wortes, wie sie es seit 1914 stets getan haben, für den König von Preußen gearbeitet.

Ein paar parlamentarische Anträge als Schaupielchen sind der Parteivorstand den mit durch Werbeweche erneut zu befruchtenden Massen vor. Und im „Vorwärts“ einen Artikel Eduard Bernstein's, des Begründers des Reformismus, dessen Theorie in der Hohenzollernpraxis seiner Partei ihren Triumph feiert, und einen Aufsatz Hermann Müllers, der schon im Juli 1914, noch vor dem Verrat des 4. August, in Paris die Arbeiterinternationale preisgab.

Eduard Bernstein schwärmt von der herrlichen Republik. Sie hat sich in der Tat als herrlich erwiesen, als sie unter Ebert mit Krosigk die um die Befreiung des Proletariats kämpfenden Arbeiter niederdrückten ließ, wenn sie unter Niedner zum Schutze des Staates den Terror der Justiz gegen die Arbeiterklasse auftrichtete, wenn sie den Führer des Volkses in die Hände der sozialdemokratischen Führer die Werbeweche gewewen, daß diese Republik, die sie mit sozialistischem Inhalt erfüllen wollten, der Idealstaat der Finanzkapitalistischen Großbourgeoisie und der wuchernden Junker war.

Hermann Müller redet davon, daß das Gewicht, das die Partei in die Waagschale zu werfen habe, um so schwerer sei, je stärker sie sei. Tragt sich nur, wo für die Partei ihr Gewicht seit zehn Jahren in die Waagschale geworfen hat. Die Geschichte der Sozialdemokratie seit 1914, die Taten der Hermann Müller, Weis und Ebert geben die Antwort darauf, genau so wie die Praxis der sozialdemokratischen Führer und die das Streikrecht durchstreichende Latz des ADGB für die Interessen der Großbourgeoisie.

Wo es die Existenz des deutschen Finanzkapitals in bestreidigen geht, war seit 1914 die sozialdemokratische Kollaboration als erste auf dem Plan: damals, als Wilhelm in den Krieg zog, genau so, wie vier Jahre später, als die revolutionäre Arbeiterbewegung verlor, den bürgerlichen Staat zu zerbrechen und den Staat des Proletariats aufzurichten; beim Dawespakt genau so, wie bei der Durchführung der indirekten Steuern, die eine der Grundlagen für das Aufwachen des neuen Finanzkapitals mit Staatsunterstützung sind. Die Partei, die als sozialistische Todfeindin des Privateigentums sein müßte, funktioniert im Hohenzollernpakt, entsprechend der von ihr geprägten Weimarer Verfassung, das Privateigentum der Todfeinde der Republik, die sie zu töten vorgibt.

Wenn Hilferding in seiner „Gesellschaft“ sich rühmt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, dieser Verein der Trümmern, das Erbe der sozialdemokratischen Politik des Dawespaktes und von Krosigk sei, so räumt er nur damit ein, daß es und seinegleichen stets nur die finanzkapitalistischen Interessen der deutschen Großbourgeoisie verstanden haben. Und wenn Scheidemann in Hamburg den als Verdreher bezeichnet, der diesen Staat angreift, so unterrichtet er nur, daß die Führer der deutschen Sozialdemokratie in keinem Pakt mit diesem Staat verbunden sind, der in jeder seiner Verfügungen die Existenz der Arbeiterklasse vernichtet.

Arbeiter, die den Vordrängen der sozialdemokratischen Führer heute noch folgen, verraten die Interessen ihrer eigenen Klasse, weil die sozialdemokratischen Führer längst aufgehört haben, Verteidiger und Vorkämpfer der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu sein.

Gewiß ist es richtig, daß das Gewicht der Arbeiterklasse, das sie in die Waagschale zu werfen hat, um so schwerer ist, je stärker ihre Organisation. Wer aber die sozialdemokratische Organisation heute führt, der macht das Gewicht der Arbeiterklasse

A  
Aubold  
Friedrich  
Falkenstr. 10  
Lederbdlg.  
Bartel  
Müllerhaus  
Hempel  
Bei  
Koloniales  
Lebensmittel  
Bergemann  
Kreier